

## Positionspapier der Wirtschaft zur Bundestagswahl 2025

Der Mittelstand ist eine starke Säule der deutschen und europäischen Wirtschaft. Kleine und mittlere Betriebe stellen in Deutschland und der EU mehr als 99 Prozent aller Unternehmen und deutlich mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Dies gilt in besonderem Maß für Rheinland-Pfalz: Das Bundesland zeichnet sich durch eine vielfältige und kleinteilige Wirtschaftsstruktur aus, die maßgeblich vom Mittelstand geprägt wird. Rund 157.000 Unternehmen in Rheinland-Pfalz, das entspricht 99,4 Prozent aller Betriebe im Land, gehören zum Mittelstand. Davon sind 87 Prozent Kleinstunternehmen mit weniger als zehn Beschäftigten. Insgesamt 78 Prozent der mittelständischen Unternehmen sind im Dienstleistungssektor tätig, 22 Prozent im produzierenden Gewerbe.

Die Wirtschaft braucht wachstums- und innovationsfreundliche Rahmenbedingungen. Belastungen etwa durch Bürokratie treffen den Mittelstand besonders. Angesichts des energie- und klimapolitischen Transformationsprozesses und der aktuellen Herausforderungen – von der hohen Bürokratiebelastung über die gestiegenen Energiekosten, den Fachkräftemangel bis hin zu den geopolitischen Spannungen – brauchen die Unternehmen einen größeren Spielraum mit einem breiten technologieoffenen wirtschaftspolitischen Ansatz.

Dazu leisten die Industrie- und Handelskammern in Rheinland-Pfalz mit ihrem Positionspapier zur Bundestagswahl 2025 einen konstruktiven Diskussionsbeitrag. Die Forderungen basieren auf den wirtschaftspolitischen Grundsatzpositionen der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) und der regionalen IHKs.

### 1. Bürokratieabbau voranbringen: EU-Vorschriften nicht übererfüllen

Die Bürokratie bremst Innovationen und Wettbewerbsfähigkeit. Der deutsche Gesetzgeber sollte EU-Vorgaben genau umsetzen, ohne Verschärfungen, um Nachteile für Unternehmen zu vermeiden. Ein „Gold-Plating-Check“ könnte sicherstellen, dass EU-Recht nicht unnötig verschärft wird.

### 2. Verkehrsinfrastruktur sichern und ausbauen

Ein gutes Verkehrssystem ist entscheidend für die Wirtschaft. Die Mittel für Instandhaltung und Ausbau sollten konstant hoch bleiben, um Engpässe zu beseitigen und wichtige Verkehrsachsen zu stärken. Alle Projekte des „Vordringlichen Bedarfs“ im Bundesverkehrswegeplan sollten bis 2030 fertiggestellt oder zumindest begonnen sein. Ziel sollte ein leistungsfähiges Netz für die Wirtschaft sein, das auch alternative Trassen beinhaltet, mit denen die überlasteten Hauptachsen und kritischen Infrastrukturen entlastet werden.

### 3. Steuern wettbewerbsfähig gestalten

Die Steuerlast für Unternehmen in Deutschland ist zu hoch im Vergleich zur EU. Sie sollte auf rund 25 Prozent sinken, um Investitionen zu fördern. Derzeit liegt sie für Unternehmen bei mehr als 30 Prozent, der EU-Durchschnitt liegt bei 21,1, der OECD-Durchschnitt bei 23,6 Prozent. Der Solidaritätszuschlag sollte abgeschafft werden, und die Gewerbesteuer sollte durch eine kommunale Unternehmensteuer ersetzt werden, mit Hebesatzrecht für die Gemeinden.

#### **4. Investitionen erhöhen und nachhaltig finanzieren**

Der Staat sollte verstärkt in Infrastruktur, Bildung und Forschung investieren, um langfristig das Wirtschaftswachstum zu fördern. Investitionsprojekte sollten schneller und bürokratieärmer umgesetzt werden. Bei der Finanzierung müssen stabile Staatsfinanzen im Blick behalten werden.

#### **5. Kommunale Finanzkraft stärken**

Die Länder sollten mehr in Infrastruktur und Verwaltung investieren und den Kommunen genug Mittel zur Verfügung stellen. Es sollte eine Reform der kommunalen Einnahmequellen erfolgen, um stabile, aber für Unternehmen nicht zusätzlich belastende Steuereinnahmen zu sichern. Dem Konnexitätsprinzip „wer bestellt, der bezahlt“ muss stärker Rechnung getragen werden.

#### **6. Energiekosten senken und Wettbewerb sichern**

Hohe Energiekosten belasten Unternehmen. Der Ausbau erneuerbarer Energien muss vorangetrieben werden, und staatliche Abgaben sollten gesenkt werden. Eine umfassende Reform der Strompreisstruktur ist notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Kraftwerkskapazitäten sollten nur dann abgeschaltet werden, wenn andere (wetterunabhängige) Leistung gesichert zur Verfügung steht.

#### **7. Klimaschutz weltweit vorantreiben**

Die EU sollte ihren technologischen Vorsprung im Klimaschutz nutzen und globale Partnerschaften für Klimaschutztechnologien aufbauen. Klimaschutzprojekte sollten weltweit und effizient umgesetzt werden – dafür sollten sich möglichst viele Staaten auf die gleichen Ziele und Maßnahmen verständigen. Standards sollten einfach vergleichbar sein, sodass sie gegenseitig anerkannt werden können, ohne die ansässige Wirtschaft zu benachteiligen.

#### **8. Effiziente Klimaschutzinstrumente verwenden**

Klimaschutzmaßnahmen sollten ökonomisch und ökologisch effizient umgesetzt werden. Dabei ist es wichtig, möglichst alle Sektoren einzubeziehen und die Auswirkungen auf Unternehmen, besonders auf kleine und mittelständische Betriebe, zu berücksichtigen. Der Emissionshandel sollte so gestaltet werden, dass er die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet.

#### **9. Zugang zu heimischen Rohstoffen sichern**

Der Abbau heimischer Rohstoffe sollte durch weniger Bürokratie und schnellere Genehmigungsverfahren unterstützt werden. Rohstoffe aus Deutschland und der EU sind wichtig für wirtschaftliche Unabhängigkeit und Klimaschutz. Die Rohstoffindustrie in Rheinland-Pfalz umfasst mehr als 260 Unternehmen und sichert rund 25.000 Arbeitsplätze. Der Flächenanteil der Rohstoffgewinnung beträgt dabei lediglich 0,2 Prozent, was zeigt, dass heimische Rohstoffe sowohl wirtschaftlich bedeutend als auch ressourceneffizient gewonnen werden können.

## 10. Berufsorientierung verbessern

Schülerinnen und Schüler sollten frühzeitig, praxisorientiert und realistisch über Berufsmöglichkeiten informiert werden, besonders auch über duale Ausbildungen. Die Wirtschaft sollte dabei stärker eingebunden werden, und Ausbildungsangebote sollten bekannter gemacht werden.

## 11. Freiberuflichkeit von Dozierenden sichern

Durch eine Neuregelung der Sozialversicherungsprüfung für Honorarkräfte wird die Freiberuflichkeit von Dozenten gefährdet. Es muss eine klare Regelung für die Freiberuflichkeit im Bildungsbereich geschaffen werden, um Rechtssicherheit zu gewährleisten.

## 12. Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften fördern

Die Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften muss einfacher und schneller gestaltet werden. Die Visa- und Anerkennungsverfahren sollten digitalisiert und beschleunigt werden, um die Fachkräfte-sicherung zu erleichtern. Auch das Schaffen von Wohnraum und Unterstützung bei der Integration ist wichtig.